

In dieser Ausgabe

- 1 Bericht Jahrestagung 2014
- 2 Hintergrundgespräch mit Yasmin Fahimi
- 3 Personalien
- 4 Mitgliederversammlung und neuer Vorstand
- 5 Vorankündigung Jahrestagung 2015

*Bericht von der
Jahrestagung 2014*

Partei als Interessensvertreterin von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern?

Am 24. und 25. Oktober diskutierten etwa 60 Personen bei der gemeinsamen Jahrestagung des Kasseler Kreis – Forum sozialdemokratischer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter e.V. (KK-FSG) und der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Tagungsort war traditionell die Bildungsstätte der IG Metall in Berlin-Pichelssee.

Gegenstand der Tagung

Die Förderung des kritischen Dialogs zwischen Gewerkschaften und Politik und der gemeinsame Austausch über wichtige aktuelle Themen war und ist das Hauptanliegen des KK-FSG, eines Zusammenschlusses haupt- und ehrenamtlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus allen Einzelgewerkschaften und dem DGB, die in der Sozialdemokratie im weiteren Sinn aktiv sind. Mit der gemeinsamen Jahrestagung möchten die FES und KK-FSG dieses Anliegen aufgreifen und unterstützen. Die Förderung des Dialogs zwischen Gewerkschaften und Politik stellt eines der zentralen strategischen Ziele der FES dar.

Dabei sind wir während der Jahresstagung 2014 folgenden Fragen nachzugehen: Wie hat sich das Verhältnis zwischen Politik und Gewerkschaften in den vergangenen Jahren entwickelt, insbesondere in der Großen Koalition? Wie haben sich Haltungen und Ansprüche in den Gewerkschaften gegenüber Parteipolitik verändert? Wer kann sich wie für eine positive Entwicklung einsetzen? Schon die Ergebnisse der letzten Bundestagswahlen bei Gewerkschaftsmitgliedern machen deutlich, dass hier „ewige Wahrheiten“ bröckeln. Letztendlich stellt sich die Frage, ob eine Partei Interessenvertreterin von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern oder von Gewerkschaften sein kann?

Wir wollen mit dieser Tagung den Austausch fördern, erfolgreiche Initiativen befördern und bessere Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Parteipolitik herstellen, um beide Säulen einer Sozialen Demokratie zu stabilisieren und auszubauen: Die demokratische Partizipation der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger an der parlamentarischen sowie die Beteiligung der Beschäftigten an der wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung des Miteinanders.

Resümee des ersten Tages

Am Freitagabend begrüßte das geschäftsführende Vorstandsmitglied der FES Dr. Roland Schmidt unter der Überschrift „Miteinander gestalten – Demokratie fördern durch Vertiefung des Dialogs zwischen Gewerkschaften und Politik“ die Anwesenden. Dabei betonte er die Bedeutung des guten Verhältnisses von SPD und Gewerkschaften. In seiner Begrüßung skizzierte Knut Lambertin als Vorsitzender die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Mitte der 1990er Jahre und heute.

Im anschließenden Kamingsgespräch sprachen Reiner Hoffmann, Vorsitzender des DGB, und Dr. Jan Stöß, Berliner Landesvorsitzender der SPD, über das aktuelle Verhältnis von SPD und Gewerkschaften.

Thesen von Dr. Wolfgang Menz (Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. München), Teil 1

Das Gespräch wurde durch Karin Nink, der Chefredakteurin des Vorwärts, moderiert. Dabei waren sich beide einig: SPD und Gewerkschaften müssen auch zukünftig gemeinsam Inhalte vorantreiben. Dies gilt sowohl vor Ort, auf regionaler oder lokaler Ebene, bis hin zur Europäischen Union.

Krisenerfahrungen und Politikvertrauen. Wie hat sich die politische Orientierung von Beschäftigten und Interessenvertretern verändert?

Auf Grundlage der Thesen Wolfgang Menz' vom ISF München arbeiteten anschließend Arbeitsgruppen an Lösungsansätzen. Wir dokumentieren nachfolgend die Thesen:

„Vorbemerkung:

Die folgenden Thesen basieren auf drei qualitativ-soziologischen Studien zur Wahrnehmung von Krisenprozessen in Ökonomie und Arbeit. Befragt wurden betriebliche Vertrauensleute, (nicht freigestellte) Betriebsräte sowie Beschäftigte (überwiegend Gewerkschaftsmitglieder). Die Ergebnisse sind nicht repräsentativ, die Befragtengruppen sind nur eingeschränkt vergleichbar.

(1) Differenzierte Krisenwahrnehmung

Industrie: Die Wirtschaftskrise wird als Teil einer „permanenten Krise“ wahrgenommen. Die ökonomischen Einbrüche 2008ff. werden eingeordnet in längerfristige Erfahrungen mit Krisen, Restrukturierung usw. Die Wirtschaftskrise trifft auf Beschäftigte, die im Umgang mit Krisenbedingungen bereits routiniert sind. Krisen haben einen hohen Objektivitätscharakter.

Soziale Dienstleistungen: „Krise“ erscheint als „machtpolitische Inszenierung“, nicht als objektiver Zwang. Dadurch wird der Sachlichkeitscharakter von Krisen bestritten.

Wissensarbeiter: Diese Gruppe sieht sich von Krisentendenzen am wenigsten berührt, gewinnt daraus aber keine besondere Zukunftssicherheit.

(2) Die Krise hält an

Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat – trotz begrenzter Folgen für die konkrete Situation der Beschäftigten – zu einer Verunsicherung der Beschäftigten geführt. In der Wahrnehmung der Beschäftigten ist die Krise noch nicht überwunden. Aktuelle Entwicklungen in Arbeit und Ökonomie werden eingeordnet in die generalisierte Erwartung einer Verschlechterung gesellschaftlicher Bedingungen.

(3) Gestiegenes Vertrauen in die Gewerkschaften

Quer durch die Beschäftigtengruppen beobachten wir ein gestiegenes Vertrauen in die Institution Gewerkschaft. Ursache dafür ist nicht unbedingt die Zufriedenheit mit der konkreten gewerkschaftlichen Politik, sondern ein genereller Mangel der Repräsentation von Beschäftigteninteressen in Politik und Gesellschaft.

(4) Politisches Mandat der Gewerkschaften

Erwartet wird ein stärkeres politisches Engagement der Gewerkschaften. Zugleich sollen die Gewerkschaften aber auf Distanz zu klassischen politischen Institutionen bleiben bzw. gehen.

(5) Krisenkorporatismus

Die ‚Revitalisierung der Gewerkschaften‘ erklärt sich nicht aus dem Erfolg des ‚Krisenkorporatismus‘. Die Gewerkschaften werden vielmehr gerade als alternative Institution zum klassischen politischen Institutionengefüge geschätzt. Die Revitalisierung ergibt sich eher aus einer diffusen Verunsicherung durch die Krise als aus einem gelungenen Krisenmanagement.

(6) Parteienaffinität

Die Beschäftigten bleiben auf Distanz zur SPD, wir können keine grundsätzliche Tendenz einer Wiederannäherung erkennen. Alle Parteien fallen unter grundsätzliche Vorbehalte gegenüber der institutionellen Politik (es gibt auch keine Annäherung an DIE LINKE).

(7) Politik im Beschäftigteninteresse

Das politische Engagement der Gewerkschaften wie auch das Engagement von Regierung und Politik für Beschäftigteninteressen wird insgesamt wenig wahrgenommen. Diese Wahrnehmungslücke erklärt sich aus dem fehlenden Grundvertrauen in die Politik.

(8) Legitimationsprobleme der institutionellen Politik

Institutionelle Politik gilt mehr und mehr als „verlorenes Terrain“. Wir beobachten Tendenzen einer „Ent-Legitimierung“ von Politik. Es kommt insgesamt zu einer Rücknahme von Ansprüchen und Erwartungen an die Politik. Dadurch bleibt die (z.B. demoskopische ermittelte) Zufriedenheit mit der Politik stabil: Die gesunkenen Erwartungen werden erfüllt.

(9) Alternativen zur institutionellen Politik

Im Industriebereich werden Herausforderungen und Krisen eher individualistisch bewältigt. Die Befragten Interessenvertreter/innen beklagen einen Rückgang des kollektiven Engagements. Dagegen gibt es deutliche Anzeichen für wachsende basisbezogene interessenpolitische Aktivitäten im Dienstleistungsbereich. Dies bedeutet zugleich eine Feminisierung von Protest. Oft handelt es sich dabei um „Mikro-Mobilisierungen“, die sich an konkreten Fällen und Krisen entzünden. Eine Erklärung für die Unterschiede bietet die unterschiedliche Wahrnehmung ‚politischer‘ Ursachen für Krisen und Interessenbeeinträchtigungen.“

Podiumsdiskussion mit verschiedenen SPD-Gruppierungen

Anschließend sollten Uli Freese (Seeheimer), Eva Högl (Netzwerk Berlin), Hilde Mattheis (DL21) und Ralf Stegner (Mit-Initiator des "Aufruf für eine neue Parteilinke") unter Moderation von Horand Knaup (Der Spiegel) die Thesen diskutieren. Konsequenz dieser schwierigen und wenig gegenstandsorientierten Diskussion waren einige Neu-Eintritte in den KK-FSG, oftmals mit der Begründung, dass die Podiumsdiskussion seine Notwendigkeit gezeigt habe.

Im Miteinander zur Einheit zurück

„Die SPD bleibt die Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“ So lautete die zentrale Botschaft von Generalsekretärin Yasmin Fahimi beim Hintergrundgespräch mit Mitgliedern des KK-FSG am 22.01.2015 in Berlin. Vertrauen, welches in Zeiten der Agenda 2010 verspielt wurde, müsse beharrlich wiedergewonnen werden.

Thesen von Dr. Wolfgang Menz, Teil 2

Hintergrundgespräch
mit Yasmin Fahimi

Neben einer sozialdemokratischen Handschrift in der Großen Koalition brauche es dafür auf allen Ebenen den Dialog zwischen Gewerkschafter_innen und Sozialdemokrat_innen. Unklar bleibt indes, wie eine gemeinsame Erzählung aussehen kann, um Arbeitnehmer_innen wieder für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Übereinstimmende Gewissheit herrscht darüber, dass der politische Diskurs wieder stärker in Gewerkschaften und Belegschaften gehört, damit die Soziale Demokratie nicht in ihren Grundfesten aus den Fugen gerät.

Personalien

Alexandra Kramer, ist seit 1. Dezember Referatsleiterin für europäische Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in der Abteilung Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand. Seit Januar ist **Annika Wörsdörfer** neue Politische Sekretärin für Arbeitsschutz/Gesundheitsschutz beim DGB-Bundesvorstand. Auch seit Januar beim DGB Bundesvorstand ist **Tanja Trost** als Rechtsreferendarin in der Abteilung Internationale und europäische Gewerkschaftspolitik. **Dirk Neumann** wechselt mit dem Thema Rente ab 1. Mai vom DGB-Bundesvorstand zum IG Metall – Vorstand nach Frankfurt. Sein Nachfolger wird **Jean Abel**, der bisher in der Abteilung Recht des Bundesvorstandes und beim DGB-Rechtsschutz tätig war. Neue Pressesprecherin beim DGB-Bezirk Berlin/Brandenburg wird die bisherige stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Stadtrat Leverkusens **Nina Lepsius**.

Bei der Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft 2015 wurden mit gewerkschaftlichem Hintergrund **Uwe Kossel**, ehemaliger GdP-Landesvorsitzender Hamburg, **Arno Münster**, KBR-Vorsitzender Hamburger Hafen und Logistik AG, **Wolfgang Rose**, ehemaliger ver.di-Landesbezirksleiter in Hamburg, als Abgeordnete gewählt. Die SPD-Fraktion besteht aus 58 Mitgliedern.

Ina Hinzer, ist von der DGB-Verbindungsstelle Europapolitik in Brüssel als Referentin in das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gewechselt. **Dörte Schall**, vorher Gewerkschaftssekretärin bei der IG BCE Mittelrhein, wurde zur Dezernentin für Recht, Soziales, Jugend, Gesundheit und Verbraucherschutz der Stadt Mönchengladbach gewählt, **Ingo Nürnberger**, vorher Abteilungsleiter Sozialpolitik DGB-Bundesvorstand zum Dezernenten für Soziales der Stadt Bielefeld.

Im Anschluss an die Jahrestagung 2014 fand die ordentliche Mitgliederversammlung des Kasseler Kreis – Forum sozialdemokratischer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter e.V. statt. Dabei wurde nochmals die große Bedeutung der Aufbauarbeit **Daniel Friedrichs** und **Alexander Naujoks'** gewürdigt, die den Kasseler Kreis vor der Bundestagswahl 2005 maßgeblich gegründet hatten. Sie waren auch an der Umwandlung des Kasseler Kreises in einen eingetragenen Verein beteiligt.

Neuer Vorstand für Kasseler Kreis – FSG e.V.

Die Mitglieder wählten **Knut Lambertin** erneut zum Vorsitzenden. Er ist als Referatsleiter Gesundheitspolitik beim DGB-Bundesvorstand tätig und stellv. Kreisvorsitzender der SPD in Berlin-Pankow. **Stephanie Albrecht**, Gewerkschaftssekretärin in der Abteilung Politik des IG BCE-Hauptvorstandes, wurde zur stellvertretenden Vorsitzenden bestimmt. Wiedergewählt wurde auch der Kassierer **Uwe Ostendorff**, Gewerkschaftssekretär Konzernbetreuung Krankenhäuser beim ver.di-Bundesvorstand. Als weitere Vorstandsmitglieder wurden **Guido Fröschke**, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Stralsund-Neubrandenburg, **Willi Francke**, Betriebsrat Telekom Deutschland, und **Markus Nöthen**, Gewerkschaftssekretär Fachbereich Postdienste, Speditionen und Logistik des ver.di-Bundesvorstands, gewählt. Als Revisoren fungieren **Stefan Soldanski**, 2. Bevollmächtigter und Kassierer der IG Metall Osnabrück, **Marco Stern**, Personalrat Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Auch den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern **Dirk Neumann**, **Markus Hofmann** und **Inga Neumann** wurde für ihre Arbeit gedankt.

Jahrestagung 2015

Die nächste Jahrestagung des Kasseler Kreis – Forum sozialdemokratischer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter e.V. in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung wird am 5. und 6. Juni 2015 stattfinden. **Michael Vassiliadis**, Vorsitzender der IG BCE, hat bereits zugesagt. Die Einladung wird im März versandt.

*Vorankündigung Jahrestagung 2015:
5./6. Juni 2015*
